



Der Türke Halil Dinçdağ pfeift heute in Berlin – in seiner Heimat darf er es nicht mehr. **Seite 19**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 8. April 2014

69. Jahrgang/Nr. 83 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT
Ungarns Wahl

Detlef D. Pries über Viktor Orbán
»stabile Regierung«

»Alle Zweifel, alle Sorgen sind zerstreut – wir haben gewonnen!« Ungarns Regierungschef Viktor Orbán tat am Wahlabend so, als hätte er je um seinen Sieg bangen müssen. Von Zweifeln – Selbstzweifeln gar – lässt sich der Mann doch ohnehin nie plagen. Seine Zweidrittelmehrheit im Parlament hatte schließlich vier Jahre Zeit, den Fidesz-Triumph von 2010 zu betonieren. Und sie nutzte die Chance schamlos, um Verfassung und Wahlrecht nach eigenen Wünschen zu gestalten, Medien und Justiz auf Linie zu bringen, die eigenen Parteigänger zu begünstigen und Gegner als »Feinde Ungarns« zu diffamieren. Nicht alles davon fand den Beifall der EU-Wächter, doch mit geringfügigen Korrekturen gab man sich in Brüssel stets zufrieden. Und während Orbán selbst das nutzte, um gegen das »Brüsseler Diktat« zu wettern, was bekanntlich auch anderswo bei Wählern verfangt, rechtfertigten ihn CDU/CSU-Freunde aus der Europäischen Volkspartei mit dem Hinweis auf das nun mal überwältigende Wahlergebnis. Auch diesmal gratulierte CSU-Mann Hans-Peter Friedrich »herzlich zum klaren Wahlsieg«, der Ungarn eine »stabile Regierung« sichere.

Immerhin, das Regierungslager verlor acht Prozentpunkte im Vergleich zu 2010. Vor der Wahl sagte Orbáns publizistischer Lautsprecher Zsolt Bayer voraus, im Falle eines Fidesz-Sieges werde die Partei »für mindestens 20 bis 30 Jahre über das Schicksal des Landes bestimmen«. Gelänge es der zersplitterten linken Opposition, sich glaubhaft zu erneuern, bliebe den Ungarn wenigstens dieses Schicksal erspart.

UNTEN LINKS

Derzeit ist viel von **Endgeräten** die Rede, vornehmlich von mobilen. »Immer schlanker, schöner und leistungsstärker« werden sie, wie ein einschlägiges Fachmagazin verherrlichend verheißt. Was indes nicht darüber hinwegtäuschen kann, das nach dem Endgerät nichts mehr kommt. Da ist Schluss, Aus, Finito, Feierabend. Ende eben. Weshalb das Teil ja Endgerät heißt. Die schöne Illusion, dass es vielleicht doch Dinge gibt, die nie enden, hat Markus Lanz am Wochenende mit dürren Worten zerstört, die aus diversen Endgeräten in die Wohnzimmer waberten. Das Endgerät erinnert uns an unsere eigene Endlichkeit, die kein wie auch immer geartetes Gerät beenden kann. Der Hesse-Spruch, dass jedem Ende ein Anfang innewohne, ist da wenig tröstlich. Denn seinerzeit verstand man unter Endgeräten vor allem die jahrtausendealten Klassiker: Sarg und Urne. Immerhin, diese Endgeräte können weder gehackt noch abgehört werden. Auch die Endlagerfrage ist bereits geklärt. Endgültig. *ibo*

Wer Visionen hat, soll ...

EU-Wahlkampf hat begonnen / Philosoph Balibar warnt vor Anti-Europäismus



Foto: EP/Marc Dossmann

Berlin. Der Europawahlkampf kommt in Fahrt, an den Laternen hängen erste Plakate – und in Berlin hat die Linkspartei ihre Kampagne vorgestellt: »Passt auf«, prangt groß auf einem ihrer Plakate – man kann das am Tag nach der Wahl in Ungarn durchaus als Warnung vor weiteren Erfolgen der Rechten und Nationalisten verstehen.

Während der Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, Hans-Peter Friedrich, dem rechtsnationalen Premier Viktor Orbán zu seinem Wahlsieg gratulierte, hat der Ausgang der Abstimmung in Ungarn bei anderen Beobachtern große Besorgnis geweckt – nicht zuletzt we-

gen des Abschneidens der rechtsradikalen Jobbik. Schon basteln Euro-Gegner und Rechtspopulisten an Bündnissen, die Vorhersagen deuten auf eine Zunahme der Europaabgeordneten am rechten Rand hin. In Deutschland darf sich die Alternative für Deutschland laut den Umfragen Hoffnungen machen. Experten sprechen von einem »antieuropäischen« Lager, das bis zu einem Fünftel der Sitze im Europaparlament erreichen könnte.

Der französische Philosoph und Marxist Étienne Balibar warnt im Gespräch mit »neues deutschland« vor dem »derzeit weit verbreiteten Anti-Europäismus«. Dieser spiele

»dem Nationalismus in die Hände, den es heute in allen Ländern Europas gibt und der eigentlich nur selbstzerstörerische Wirkung haben kann«, sagt Balibar mit Blick auf Forderungen, den Euro wieder abzuschaffen oder anderweitig die europäische Integration rückgängig zu machen. Der Linken riet er, »nicht nur dem antieuropäischen Ressentiment zu widerstehen, sondern darüber hinaus konstruktiv zu sein, alternative Visionen und Vorschläge hervorzubringen, so kohärent und konsistent das eben möglich ist«. Das Gespräch mit Étienne Balibar ist Auftakt zu einer nd-Serie zur Europawahl. *nd* **Seiten 3 und 6**

Orbán darf Ungarn weiter beherrschen

Trotz Verlusten klarer Wahlerfolg für Regierungspartei Fidesz / Rechtsextreme Jobbik über 20 Prozent

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán triumphiert: Der Chef der ungarischen Ein-Mann-Demokratie wird sich vier weitere Jahre auf eine klare Parlamentsmehrheit stützen können.

Von Thomas Roser, Budapest

Rund 600 000 Stimmen verloren – und dennoch klar gesiegt. Zufrieden stellte sich der Rechtspopulist Viktor Orbán am Abend nach den Parlamentswahlen in Budapest seinen Anhängern: »Dies ist ein großartiger Sieg, den wir noch gar nicht ermessen können: Ich bin stolz, das Mandat erhalten zu haben, um meine Arbeit fortsetzen zu können.«

Tatsächlich ist der 50-Jährige der erste ungarische Regierungschef seit 1989, der nach einer vollen Amtsperiode von den Wählern bestätigt worden ist. Zwar musste seine Fidesz-Partei mit 44,54 Prozent der Stimmen (2010: 52,7 Prozent) merklich Federn lassen.

Doch dank der Eigenheiten des neuen, nach Fidesz-Maß geschneiderten Wahlrechts kann er vermutlich weiter auf eine Verfassungsmehrheit bauen: Mit 133 von 199 Abgeordneten scheint die Punktlandung zur angestrebten Zweidrittelmehrheit geglückt.

In Wahlkreisen, in denen das Direktmandat der Regierungskandidaten an wenigen Dutzend Stimmen hängt, könnte es bis zur Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses noch zu Nachzählungen kommen. Doch ob mit oder ohne Zweidrittelmehrheit: Bis auf Weiteres teilt Orbán in Ungarn weiter unangefochten die Karten aus. Alles was er aufgebaut habe, könne er nun »zu Ende bringen«, jubelte am Montag der Kommentator der regierungsnahen Zeitung »Magyar Nemzet«: »Das Land steht vor einer großen Zukunft.«

Lang wurden die Gesichter am Wahlabend hingegen in den Reihen des linksliberalen Oppositionsbündnisses »Regierungs-

wechsel«. Ihr Namensziel hat die von der Sozialistischen Partei geführte Allianz mit knapp 26 Prozent der Stimmen und voraussichtlich 38 Mandaten klar ver-

»Bei der Linken gab es keine Erneuerung. Sie konnte nicht einmal die Ziele ihrer Politik schlüssig erklären.«

Politologin Peter Kreko

fehlt. Der Verweis auf das nachteilige Wahlrecht und die von der Regierung nach Kräften kontrollierten Medien vermag das Debakel der Linken nur bedingt zu erklären. »Bei der Linken gab es keine Erneuerung«, konstatiert Peter Kreko, Direktor des Instituts »Political Capital«. »Sie konnte nicht einmal die Ziele ihrer Politik schlüssig erklären.« Die Opposi-

tion habe ihren Landsleuten »kein genügend attraktives Angebot« gemacht, räumte der frühere Premier Gordon Bajnai selbstkritisch ein.

Dagegen wittert die rechtsextreme Konkurrenz vor den für Protestparteien immer einträglichen Europawahlen neue Morgenluft: Jeder Fünfte stimmte für die antisemitische und romafeindliche Partei Jobbik (20,5 Prozent, 23 Mandate).

Die Ökopartei LMP (Politik kann anders sein) schaffte mit 5,3 Prozent der Stimmen und fünf Mandaten knapp den Wiedereinzug ins verkleinerte Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 61 Prozent.

Dass Regierungschef Orbán künftig eine weniger schrille Tonart bei seinen Ausfällen gegen innere und äußere »Feinde« anschlägt, hält der Analyst Kreko für zweifelhaft. »Kämpfernatur« Orbán lebe nicht zuletzt vom politischen Konflikt. *Seite 8*

Einige LINKE sagen erstmals Ja zu Auslandseinsatz

Abstimmung über Chemiewaffenmission freigegeben

Berlin. Im Bundestag werden am Mittwoch erstmals mehrere LINKE-Abgeordnete für einen Bundeswehreininsatz im Ausland votieren. Die Fraktion entschied sich, die Abstimmung über die Entsendung einer deutschen Fregatte zum Schutz der Chemiewaffenvernichtung im Mittelmeer freizugeben. Fraktionsvize Dietmar Bartsch sagte, die LINKE sei einmütig für die Vernichtung der Chemiewaffen. Strittig sei aber, ob dies von einer deutschen Fregatte bewacht werden müsse.

Mehrere Abgeordnete halten den Einsatz für richtig, weil es sich um eine Abrüstungsmission handelt. Der Außenpolitiker Stefan Liebich sagte dem »nd«, er wolle mit Ja stimmen. Der These vieler Kritiker des Bundeswehreinsetzes, dass es sich dabei um einen Türöffereinsatz für die LINKE handeln könne, widersprach er. Der Konsens innerhalb der Fraktion gegen andere Bundeswehreinsetze werde dadurch nicht infrage gestellt.

Andere Abgeordnete wollen mit Nein stimmen, weil sie eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik befürchten. Zu ihnen zählt Sevim Dagdelen. Sie sagte dem RBB-Sender Radio Eins, sie unterstütze die zivile Vernichtung der syrischen Chemiewaffen, die auch in Deutschland stattfindet. Das geplante Mandat sei aber »mehr als dubios«. Sie sei gegen ein Bundeswehrengagement, das ein »Kriegseinsatz durch die Hintertür« sein könne.

Wie genau das Kräfteverhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern ist, blieb unklar. Eine Probeabstimmung gab es nicht. Es wurde aber erwartet, dass die Nein-Stimmen die Ja-Stimmen deutlich übertreffen werden, und dass es viele Enthaltungen geben wird.

Die Bundesregierung will eine Fregatte mit bis zu 300 Soldaten entsenden, um die Vernichtung des Giftgases aus Syrien auf einem amerikanischen Schiff vor der italienischen Küste zu schützen. *Agenturen/nd* **Seite 5**

CDU-Vizechefin droht mit Aus für die Rente mit 63

Julia Klöckner gegen Anrechnung von Arbeitslosenzeiten

Berlin. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner droht mit einem Scheitern der Rente mit 63. Sollte die SPD darauf beharren, längere Zeiten von Arbeitslosigkeit anzuerkennen, »dann gibt es wohl keine Einigung und wohl keine Rente mit 63«, so Klöckner gegenüber der »Saarbrücker Zeitung«. Die ehemalige Deutsche Weinkönigin sprach sich gegen jegliche Anrechnung aus: »Sollte es sie dennoch geben, dann nur sehr begrenzt.« Außerdem dürfe die Zeit der Erwerbslosigkeit keinesfalls am Ende eines Berufslebens stehen. Die rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende warf Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) Verantwortungslässigkeit vor, »wenn der Gesetzentwurf handwerklich nicht so ausgestaltet wird, dass ein absehbarer Missbrauch unterbunden wird.«

Die Kritik in der Union entzündet sich vor allem daran, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit unbefristet angerechnet werden sollen und dies Betroffenen einen Ausstieg aus dem Berufsleben schon mit 61 Jahren ermöglichen würde.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, hat die von Klöckner ins Spiel gebrachte Möglichkeit eines Scheiterns der Rentengesetzgebung zurückgewiesen. Gegenüber der »Leipziger Volkszeitung« sagte Grosse-Brömer: Ein Scheitern der im Koalitionsvertrag beschlossenen Rentenregelungen »halte ich für ausgeschlossen«. *nd/Agenturen* **Seite 6**

